

B Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes

Aufgrund der Fülle der Probleme im Zusammenhang mit der Behandlung von Personengesellschaften im Internationalen Steuerrecht ist es schlichtweg unmöglich, diese fundiert vollumfänglich zu analysieren.¹⁴ Daher konzentriert sich diese Untersuchung auf die Probleme, die sich aus deutscher Sicht bei gewerblich tätigen Personengesellschaften aus dem Zusammenwirken mit den Staaten der EU-27 ergeben.¹⁵ Der Fokus liegt dabei auf natürlichen Personen als Gesellschafter sowie auf der Besteuerung der schuldrechtlichen Vertragsbeziehungen zwischen der Personengesellschaft und ihren Gesellschaftern.

Dreieckskonstellationen, in denen die Einkunftsquelle in einem dritten Staat liegt, sind von dieser Untersuchung ausgeschlossen. Es wird daher davon ausgegangen, dass die Gewinne der Personengesellschaft aus Einkunftsquellen ihres Sitzstaates oder, wo angegeben, des (Wohn-)Sitzstaates des Gesellschafters erzielt werden. Zudem werden nur die laufenden Einkünfte aus einer Beteiligung an einer Personengesellschaft in die Betrachtung miteinbezogen, nicht aber die Veräußerungen von Beteiligungen an Personengesellschaften.

Unter einer Personengesellschaft wird der vertragliche Zusammenschluss von zwei oder mehreren Personen zur Verfolgung eines gemeinsamen Zwecks verstanden. Der gemeinsame Zweck soll im Rahmen dieser Arbeit eine gewerbliche Tätigkeit sein. Als Personen kommen dabei grundsätzlich sowohl natürliche als auch juristische Personen in Betracht, wobei im Zentrum dieser Arbeit natürliche Personen stehen. Wo dies nicht der Fall ist, wird es gesondert kenntlich gemacht. Die Gewerbesteuer wird aufgrund ihrer geringen effektiven Belastung der natürlichen Personen nicht in die Betrachtung mit einbezogen.

Unter dem Sitzstaat der Personengesellschaft wird unabhängig von der Ansässigkeit der Gesellschafter der Staat verstanden, nach dessen Recht die Personengesellschaft errichtet wurde und in dem sich auch ihr Sitz und der Ort der Geschäftsleitung

¹⁴ Vgl. **Manke, Klaus**: Personengesellschaften und DBA. Abkommensberechtigung und Abkommenschutz, in: Grundfragen des internationalen Steuerrechts, hrsg. von Klaus Vogel, Köln 1985, hier S. 195.

¹⁵ Rechtsstand ist der 30.06.2013. Am 01.07.2013 wurde Kroatien das 28. Mitglied der EU.

befinden.¹⁶ Wo von inländischen und ausländischen Personengesellschaften die Rede ist, bezieht sich dies auf den Sitzstaat.

Der Ausdruck der grenzüberschreitenden Personengesellschaft bezeichnet das Auseinanderfallen des Sitzstaates der Gesellschaft und des Ansässigkeitsstaates zumindest eines Gesellschafters. Im Outbound-Fall handelt es sich um eine Gesellschaft mit Sitz im Ausland, an der Mitunternehmer mit (Wohn-)Sitz in Deutschland beteiligt sind und im Inbound-Fall umgekehrt um eine Gesellschaft mit Sitz in Deutschland, deren Mitunternehmer ihren (Wohn-)Sitz im Ausland haben.

¹⁶ Vgl. **Lechner, Eduard**: Die Abkommensberechtigung von Personengesellschaften, in: Personengesellschaften im Recht der Doppelbesteuerungsabkommen, hrsg. von Wolfgang Gassner/Michael Lang/Eduard Lechner, Wien 2000, hier S. 71.

Die deutsche Besteuerung grenzüberschreitender
Personengesellschaften

Der In- und Outbound-Fall innerhalb der EU

Schüller, E.C.

2014, XXIII, 342 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-06303-0